



Wortprotokoll der 38. Sitzung

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Berlin, den 17. Februar 2016, 18:00 Uhr
Paul-Löbe-Haus
E.700

Vorsitz: Andreas Jung, MdB

Tagesordnung - Öffentliches Gespräch

Einzigiger Tagesordnungspunkt

Seite 3

Fachgespräch zum Thema "**Produktverantwortung,
Rohstoffe, Recycling**"

mit **Olaf Tschimpke**, Präsident des NABU-
Bundesverbandes, und **Dr. Eric Schweitzer**,
Vorstandsvorsitzender der ALBA Group plc & Co.
KG



Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Bilger, Steffen Helfrich, Mark Jung, Andreas Kruse, Rüdiger Lenz, Dr. Andreas Marschall, Matern von Radomski, Kerstin Stein, Peter	Beermann, Maik Benning, Sybille Heiderich, Helmut Hirte, Christian Pätzold, Dr. Martin Pols, Eckhard Weiler, Albert Zech, Tobias
SPD	Castellucci, Dr. Lars Esken, Saskia Pflugradt, Jeannine Träger, Carsten Westphal, Bernd	Kiziltepe, Cansel Lotze, Hiltrud Pilger, Detlev Rebmann, Stefan Thews, Michael
DIE LINKE.	Leidig, Sabine Menz, Birgit	Groth, Annette Möhring, Cornelia
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Walter-Rosenheimer, Beate Wilms, Dr. Valerie	Ebner, Harald Meiwald, Peter



Einzigiger Tagesordnungspunkt

Fachgespräch zum Thema "Produktverantwortung, Rohstoffe, Recycling" mit Olaf Tschimpke, Präsident des NABU- Bundesverbandes, und Dr. Eric Schweitzer, Vorstandsvorsitzender der ALBA Group plc & Co. KG

Dazu wurden verteilt: Ausschussdrucksache 18(23)66-1 (Anlage 1), Ausschussdrucksache 18(23)66-2 (Anlage 2)

Vorsitzender: Ich darf Sie sehr herzlich begrüßen zu unserer heutigen Sitzung. Es ist die 38. Sitzung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung, zu der ich alle herzlich willkommen heiße. Ich darf vorab zwei Kollegen zum Geburtstag gratulieren. Das ist der Kollege Heiderich und der Kollege Bilger, die am 04. und 16. Februar Geburtstag hatten. Von uns allen einen herzlichen Glückwunsch.

Wir wollen uns heute befassen mit dem Thema „Produktverantwortung, Rohstoffe, Recycling“, und wir freuen uns, dass es uns gelungen ist, Herrn Olaf Tschimpke, den Präsidenten des Naturschutzbundes Deutschland und stellvertretenden Vorsitzenden im Rat für Nachhaltige Entwicklung, in unsere Sitzung einzuladen. Das ist auch das Bindeglied zu unserem weiteren Gast, Herrn Dr. Eric Schweitzer. Sie sind Vorstandsvorsitzender der ALBA Group und waren im Rat für Nachhaltige Entwicklung. Dort haben Sie gemeinsam mit Herrn Tschimpke Vorschläge erarbeitet, deren Botschaft heißt: 100 Prozent Recycling ist möglich. Das fanden wir so interessant, dass wir Sie gerne gemeinsam einladen wollten. Wir möchten Erkenntnisse darüber gewinnen, welche Vorschläge zwischenzeitlich schon umgesetzt wurden und was möglicherweise noch umgesetzt werden muss. Und insbesondere wüssten wir auch gerne, was lohnenderweise noch einmal für den Diskussionsprozess zum Wertstoffgesetz aufgegriffen werden sollte.

Wir haben übrigens, um das an dieser Stelle zu berichten, heute eine Klausurtagung der Obleute des Beirates abgehalten, in der wir übereingekommen sind, in Zukunft nicht mehr nur eine formale Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung von Regierungsvorhaben durchzuführen, sondern dann, wenn es uns wichtig und notwendig erscheint, uns vor allem auch in die materielle Frage, in den

konkreten Gesetzgebungsprozess einzuschalten. Wir haben festgestellt, dass gerade dieses Thema und dieses Gesetz sich in besonderer Weise dazu eignen. Und deshalb freuen wir uns, dass Sie da sind.

Es begleiten Sie Ihre Referenten, Frau Balz und Herr Issmer. Ich freue mich auch, dass Herr Krumrey da ist, dass die Vertreter der Bundesregierung mit Herrn Dr. Bauernfeind und weiteren Vertretern anwesend sind und dass viele Kollegen da sind. Also, wir sind gespannt auf Ihre Hinweise. Wir danken für die schriftlichen Stellungnahmen, die Sie uns bereits zur Verfügung gestellt und die wir als Arbeitsgrundlage haben, und jetzt freuen wir uns auf Ihre jeweils fünfminütigen Eingangstatements und dann auf die Diskussion.

Als erster hat das Wort Herr Olaf Tschimpke. Ich habe ihn bereits vorgestellt. Er ist seit 2003 Präsident des NABU.

Olaf Tschimpke (Präsident des NABU-Bundesverbandes): Meine Damen und Herren, meine lieben Abgeordneten, ich freue mich, wieder hier zu sein. Ich bin häufiger Gast hier im Parlamentarischen Beirat, der für uns einmal in der Funktion über den Nachhaltigkeitsrat eine sehr bedeutende Rolle spielt und sogar zukünftig, wenn man jetzt die Umsetzung der SDGs ansieht, noch eine bedeutendere Rolle haben sollte. Und deswegen freue ich mich auch über den Beschluss, dass Sie jetzt bei der Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung nicht mehr nur eine formale, sondern auch eine materielle Prüfung vornehmen wollen. Ich glaube, das ist in diesen Zeiten besonders wichtig, soweit die Vorbemerkung. Zuerst einmal herzlichen Dank für die Einladung.

Vor vier Jahren, 2011, haben wir die Stellungnahme gemeinsam verfasst; ein Jahr lang haben wir daran gearbeitet mit unterschiedlichen Partnern und mit vielen, auch wissenschaftlichen, Expertisen von anderer Seite. Wir müssen natürlich heute feststellen, dass sich die Rahmenbedingungen schon ein Stück weit verändert haben. Wir haben zurzeit eine Situation, dass die Rohstoffpreise in verschiedenen Bereichen stark gefallen sind. Wir haben eine Situation, dass der Ölpreis sehr niedrig ist und damit auch die Energiepreise. Und



das, was man damals prognostiziert hat, dass automatisch die Rohstoffe teurer werden und dadurch auch alles das, was sich mit Kreislaufwirtschaft auseinandersetzt, automatisch auch ökonomisch privilegiert wird, hat sich jetzt in diesen vier Jahren nicht so entwickelt. Von daher muss man tatsächlich noch einmal die Dinge, die wir damals uns vorgestellt haben, überprüfen.

Ich glaube, die wichtigsten Punkte sind nach wie vor die ökologischen. Die Perspektive für die Zukunft hat sich nicht geändert, dass wir in verschiedenen Bereichen auch in eine Rohstoffknappheit hineinkommen und das mit unterschiedlicher Ausprägung für die Staatengemeinschaft, in unterschiedlicher Ausprägung für eine Industrienation wie Deutschland, verbunden mit einer besonderen Herausforderung. Geändert hat sich, dass zurzeit die Rahmenbedingungen ökonomischer Art nicht so sind, wie sie eigentlich aus der damaligen Sicht sein müssten. Von daher muss man schauen, welche Maßnahmen und Möglichkeiten es gibt.

Ich will noch einmal zurückkommen auf das Thema „100 Prozent Recyclingwirtschaft“. Wir haben gesagt, wir wollen Deutschland zum Rohstoffland machen, indem die Rohstoffe, die schon einmal in Deutschland angekommen sind, hier tatsächlich auch bestmöglich wiederverwendet und verwertet werden und das auf einem hohen Niveau. Nicht ein Downcycling, sondern auf einem Niveau, das tatsächlich eine fortlaufende Kreislaufwirtschaft ermöglicht. Wir wissen, dass das nur innerhalb des Rahmens der physikalischen Grenzen geht. Also 100 Prozent heißt nicht 100 Prozent an den Stoffen, aber im Rahmen dessen, was physikalisch möglich ist. Und damals hatten wir uns sehr intensiv ausgetauscht, auch was technologisch möglich ist. Und da war Ihre Expertise, Herr Dr. Schweitzer, ganz bedeutend, weil Sie auch den Überblick haben über das, was die Wirtschaft heute schon leisten kann. Deutschland ist da auch mit Unternehmen sehr gut aufgestellt. Ich glaube aber, dass wir im politischen Umfeld nicht gut genug aufgestellt sind. Wir haben die Ihnen bekannte EU-Abfallrichtlinie mit den fünf Kriterien. Dort haben wir nach wie vor eine Reihe von Defiziten. Eines der relevanten Defizite, der Vermeidungsgrundsatz, wird nicht konsequent beachtet. Auch das Thema, dass wir nach

wie vor zu hohe Verbrennungskapazitäten haben und nicht die stoffliche Verwertung vor die thermische Verwertung setzen, ist nach wie vor ein sehr wichtiges Thema. Das ist nämlich der erste Grundsatz, um in eine Recyclingwirtschaft zu kommen, und hieran müssen wir arbeiten. Wir können nur mit ordnungsrechtlichen Maßnahmen arbeiten und vielleicht auch, was wir ja schon mehrfach vorgeschlagen haben, mit Korridoren. Weil wir wissen, dass diejenigen, die auf thermische Verwertung gesetzt haben, natürlich erhebliche Investitionen getätigt haben und man das nicht von einem auf den anderen Tag ablösen kann. Aber da müssen uns noch Ideen einfallen, wie wir einen Korridor schaffen, wieder herauszukommen. Heute ist es eher so, dass wir auch in ganz Europa wieder Dinge zur thermischen Verwertung nach Deutschland holen, um Kapazitäten zu halten. Das ist aber natürlich absolut kontraproduktiv im Bereich der Kreislaufwirtschaft, die wir an der Stelle für notwendig halten. Das ist der erste Punkt.

Der zweite wichtige Punkt ist, und das steht in unserem Papier auch drin, das Thema „Produktverantwortung“. Produktverantwortung: Wenn man sie ernst nimmt, muss sie immer mehr auch zu einer Rohstoffverantwortung werden. Wir werden nur zu einer Veränderung kommen, wenn Hersteller und Händler auch für die Rohstoffe Mitverantwortung übernehmen. Wenn das aufgeteilt wird und die Dinge aus dem Sinn der Hersteller geraten, dann werden sie auch nicht angespornt, ihre Produkte so zu verändern, dass sie überhaupt recyclingfähig sind. Wir haben ja immer mehr Probleme mit Verbundstoffen, die hinterher große Herausforderungen für die Kreislaufwirtschaft darstellen. Und hier genau setzen die Produktverantwortung und die Herstellerverantwortung an und ich glaube, hier genau muss man auch politisch ansetzen.

Wir haben einen Ansatz, den kennen Sie alle, die berühmte Ökodesign-Richtlinie, die aber auch noch in weiten Teilen umgesetzt werden muss. Es ist nur eine Rahmenrichtlinie und die müssen sie natürlich Produkt für Produkt auch so weiterentwickeln, dass sie auch tatsächlich dort Wirkung erzeugt. Da sind wir auch noch nicht sehr weit, es gibt noch sehr viele Löcher, die tatsächlich auch an dieser Stelle noch gefüllt werden müssen. Aber



auch das ist erst einmal die politische, ordnungsrechtliche Rahmensetzung, die man sicher auch mit ökonomischen Instrumenten, sei es mit Abgaben oder ähnlichem, mitsteuern helfen kann. Ich glaube, die Rohstoffverantwortung ist eine der zentralen Schlüsselfragen. Davon ausgehend kommt man nicht zu dem Streit, ob kommunal- oder privatwirtschaftlich, sondern man kommt zu dem Streit, wo die ökologischen Grenzen und wo die ökonomischen Grenzen sind. Und daraus muss man eine Recyclingwirtschaft entwickeln und nicht andersrum.

Ich habe das, was der Bundesrat zum Wertstoffgesetz beschlossen hat, mit Interesse gelesen. Ich habe den Entwurf der Bundesregierung, des Bundesumweltministeriums gelesen; die weichen wieder erheblich voneinander ab, und es droht wieder, dass wir Jahre verlieren und das Potenzial, was da ist, auch an dieser Stelle nicht ausschöpfen. Hier wäre mir auch ein Signal des PBnE sehr wichtig, das in den politischen Raum hineingegeben wird, und es wäre auch ein wichtiges Signal, dass sich die Parteien mit dieser Frage beschäftigen. Es kann nicht sein, dass die Länderregierungen aus verschiedenen Gründen an dieser Stelle völlig anders denken als die Bundesebene, weil es hier um wirklich wichtige, auch wirtschaftspolitisch wichtige Inhalte geht.

Ich möchte zum Schluss sagen, dass natürlich auch der Verbraucher eine wichtige Rolle spielt. Der kann sie aber nur erfüllen, wenn es vernünftige Kennzeichnungspflichten gibt. Deswegen ist es schon wichtig, dass wir auch, was die Rohstoffherkunft angeht, Zertifizierungssysteme haben, die vernünftig ausgestaltet worden sind. In Hinblick auf die Nachhaltigkeitsstrategie reicht unser Indikator bei der Rohstoffproduktivität nicht aus, sondern muss neu überarbeitet werden. Und wir brauchen auch Fachindikatoren für unterschiedliche Bereiche, weil vieles in der Realwirtschaft von diesem Indikator nicht erfasst wird. Übrigens selbst dieser Indikator zeigt, dass wir ihn gar nicht erfüllen werden. Wir wollten bis 2020 die Rohstoffproduktivität verdoppeln, und wir haben jetzt gerade mal 47 Prozent geschafft. Wenn es so weitergeht, landen wir bei 60 Prozent, aber nicht bei 100 Prozent bis 2020. Dort gibt es einen Nachholbedarf. Die Messbarkeit und die Sichtbarkeit müssen an dieser Stelle erhöht werden. Das ist auch

eine gemeinsame Aufgabe, die sich der Nachhaltigkeitsrat und der PBnE vornehmen sollten.

Ich habe die Stellungnahme von Herrn Dr. Schweitzer gelesen und kann das einhundertprozentig unterschreiben, so dass gar kein großer Dissens an dieser Stelle auftreten wird. Ich finde die Stellungnahme sehr schlüssig und habe eigentlich auch aus Sicht eines großen Umweltverbandes keine Kritik daran zu üben.

Vorsitzender: Lieber Olaf Tschimpke, herzlichen Dank. Damit können wir direkt zur Diskussion kommen. Herr Dr. Schweitzer, wir freuen uns auf Ihren Input. Sie sind Vorstandsvorsitzender der ALBA Group, und wir sind an Ihrer Sichtweise interessiert.

Dr. Eric Schweitzer (Vorstandsvorsitzender der ALBA Group plc & Co. KG): Sehr geehrter Herr Jung, lieber Herr Tschimpke, meine Damen und Herren: Was kann einem in meiner Branche Besseres passieren, als ein Lob vom NABU zu bekommen? Sie haben es ein bisschen eingeschränkt, Sie haben nicht gesagt, „alles, was Sie schreiben“, sondern „alles, was ich hier geschrieben habe“.

Ich bedanke mich zuerst recht herzlich für die Einladung und dafür, dass wir heute über das sehr wichtige Thema der stofflichen Verwertung, des Recyclings, auch im gesamten Zusammenhang der ökonomischen Bedeutung für die Wirtschaft, sprechen.

Was hat sich, ergänzend zu dem, was Herr Tschimpke gesagt hat, seit 2011 oder als wir das Papier gemacht haben, verändert? Verändert haben sich, und zwar in dramatischer Weise, die Rohstoffmärkte. Wir hatten bis vor zwei Jahren eine Situation, in der man davon ausgehen konnte, dass die Rohstoffpreise ständig steigen aufgrund der wachsenden Weltbevölkerung von 7 auf 9 Milliarden Menschen, aufgrund des Wachstums Chinas und Indiens. Man konnte auch davon ausgehen, dass der Bedarf an Rohstoffen immer stärker steigt, weil Menschen in sehr großen Ländern durch starkes Wirtschaftswachstum von der Armuts- in die Mittelschicht wandern und ihr Rohstoffbedarf stark ansteigt.



Die Rahmenbedingungen haben sich dramatisch geändert. Zum Beispiel lag der Rohölpreis vor zwei Jahren bei 100 Dollar pro Barrel. Es stellte sich nicht die Frage, ob der Preis runter geht, sondern die Frage war: Wann liegt er bei 150, in ein, zwei oder drei Jahren? Wie Sie alle wissen, liegt er jetzt bei 30 Dollar pro Barrel. Dies können Sie auf fast allen Rohstoffmärkten beobachten. Eisenerz lag auch bei über 100 Dollar, jetzt nur noch bei 40 Dollar. Sie können in den Medien verfolgen, welche katastrophalen Auswirkungen das auf die Stahlindustrie in Deutschland hat. Ist damit vom Grunde her das Ziel in Frage gestellt, mehr stofflich zu verwerten? Wir sagen ausdrücklich nein. Insbesondere, wenn man auch weiß, dass die deutsche Industrie inzwischen 16 Prozent ihrer Rohstoffe aus recyceltem Material bezieht in einer Größenordnung von 20 Milliarden Euro an Substitutionswert zu Primärmaterialien. Das bedeutet aber, in der konkreten Umsetzung eine Änderung im normativen Verfahren. In der Vergangenheit hat das im Wesentlichen funktioniert, weil Sekundärrohstoffe ökonomisch preiswerter waren als Primärrohstoffe und deshalb eingesetzt wurden. Das funktioniert jetzt in vielen Teilen nicht mehr. Ich glaube, das wird übrigens nicht nur auf die Recyclingwirtschaft Auswirkungen haben, sondern auf das gesamte Thema „CO₂-Einsparung“, auf das gesamte Thema „erneuerbare Energien“, auf das gesamte Thema der Einsparung von Primärenergien, weil sich die Maßnahmen nicht mehr gegen die günstigen Rohstoffpreise rechnen. Das ist eine Änderung in dem Sinne, dass man jetzt noch viel normativer externe Effekte verhindern muss. Denn das Ziel, mehr recycelte Rohstoffe einzusetzen, ist kein Selbstzweck, sondern das Ziel ist, mehr Klimaschutz zu erreichen, mehr externe Effekte gegen die Umweltverschmutzung. Und das heißt, Sekundärrohstoffe einzusetzen, um, wie bei externen Effekten üblich, jetzt nicht eingepreiste Umweltverschmutzungskosten mit in die Kosten zu internalisieren. Das gelingt nicht mit der bisherigen Vorgehensweise. Und ich glaube auch, es wurden eine paar Chancen in der Vergangenheit verpasst, dies im Sinne von normativen Anforderungen zu erreichen. Lassen Sie mich auf einzelne Punkte eingehen.

Der erste ist die „Produktverantwortung“. Ich glaube, bedingt durch die Verpackungsverordnung, war es ein großer Erfolg, den wir in den

letzten zwanzig Jahren erreicht haben. Wir müssten hier aber weiter arbeiten. In der Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes vor einigen Jahren ist diese Chance verpasst worden, weil wir uns bei der Gesetzgebung am Ende, und das gleiche droht jetzt auch beim Wertstoffgesetz, im Wesentlichen nur noch darauf konzentriert haben: Was ist der Aufgabenbereich der Kommune, also was ist öffentliche Aufgabe, und was ist im privaten Bereich? Wir haben das Ziel „mehr Recycling“ völlig aus den Augen verloren. Es ging nur noch um die Frage der Zulässigkeit gewerblicher Sammlung. Und jetzt beschäftigen sich unzählige Gerichte mit dem politischen Kompromiss, der im Sinne von mehr Recycling, mehr stoffliches Verwerten, leider relativ wenig gebracht hat. Und das ist noch eine positive Umschreibung dessen, wie es wirklich ist.

Zu zweiten Punkt: Das „Elektroaltgerätegesetz“. Da ist ein richtiger Schritt gegangen worden, auch durch den Deutschen Bundestag, dieses Elektroaltgerätegesetz in jüngerer Zeit zu verabschieden. Wir haben jetzt höhere Erfassungsquoten an Elektroaltgeräten. Wie sie behandelt werden sollen, wenn sie erfasst wurden, soll aber in einer Behandlungsverordnung geregelt werden. Und die dauert zumindest ein, zwei Jahre im parlamentarischen Verfahren, plus, dass die Länder bereits jetzt lautstark artikuliert haben, dass sie nicht mitmachen. Das heißt, die Situation ist jetzt: Es wird zwar mehr erfasst, es wird aber nicht vorgeschrieben, wie es hochwertig recycelt werden muss. Es gibt auch kaum Vollzug, der es kontrolliert. Das ist sinngemäß so, als wenn Sie festlegen, man kann auf der Straße 50 Stundenkilometer fahren, aber keiner kontrolliert es. Dann werden die Altruisten, die nur 50 fahren, nicht in der Mehrheit sein, sondern dann wird es mehr Leute geben, die aus subjektiven Gründen etwas schneller fahren. Aber es wird ihnen nichts passieren. Und das gleiche können Sie übertragen auf das Elektroaltgerätegesetz. Das heißt, wir werden, wie ich glaube, keinerlei Wirkung erreichen im Sinne von Verbesserung, wenn wir nicht zügig festlegen: Wie wollen wir recyceln im Sinne von höheren Quoten? Und wie stellen wir sicher, dass das, was der Gesetzgeber vorgibt, auch kontrolliert wird?

Zum dritten Punkt: Das „Wertstoffgesetz“. Ich habe es gerade gesagt, beim Wertstoffgesetz sind



wir jetzt wieder in der Phase, wo wir beim Kreislaufwirtschaftsgesetz auch waren. Es gab hehre Ziele, was man mehr erreichen möchte. Die Recyclingquoten aus der Verpackungsverordnung werden laut UBA im Sinne stofflicher Verwertung übererfüllt, sind aber schon zehn Jahre alt. Und wir verlieren zurzeit das Ziel aus den Augen, dass wir mehr recyceln wollen. Im Hausmüll sind noch über 50 Prozent Materialien, die stofflich verwertet werden können, und wir streiten uns nur noch darum, wem die Tonne gehört. Gehört die Tonne der Kommune und diese vergibt dann den Auftrag, macht sie es selbst oder wird im Wettbewerb ausgeschrieben? Für die Bürger macht das keinen Unterschied. Der Bürger hat seine gelbe Tonne bei sich vor Ort stehen, das ist für ihn eine reine Commodity-Leistung, und das einzige, was ihn interessiert, ist, ob sie pünktlich abgeholt wird. Ihm ist es egal, von wem sie abgeholt wird. Politisch streiten wir uns aber nur noch genau um diesen Punkt, und da gibt es, genau wie Herr Tschimpke gesagt hat, unterschiedliche Voraussetzungen. Ich glaube, am Ende wird man keine geteilte Produktverantwortung erreichen. Ich würde mir vielmehr eine Antwort darauf wünschen, wie wir mehr Recycling im Sinne von normativen Vorgaben erreichen, wenn wir festgestellt haben, dass der reine Marktmechanismus im Sinne von Reinkosten, Erlösen und Substitutionspreisen dort nicht funktioniert. Wie geben wir das vor, und wie erreichen wir mehr? Und ob die Tonne dann von A oder B gefahren wird, das kann man dann sekundär beraten. Aber gegenwärtig beraten wir primär nur noch diesen Punkt. Das macht mich ehrlicherweise ein Stück weit nüchtern, weil ich mir nicht sicher bin, ob wir in dem Schritt vorangekommen sind, insbesondere unter Berücksichtigung der ökonomischen Rahmenbedingungen, der Rohstoffpreise, weil diese keinen Anreiz mehr darstellen werden. Es wird nicht mehr funktionieren, dass wir ausschließlich weiter darauf setzen, dass die Rohstoffpreise hoch sind und wir damit Primärrohstoffe substituieren, zumindest nicht auf absehbare Zeit. Und ich wüsste auch nicht, warum Rohstoffpreise demnächst wieder steigen sollten. Wir müssen uns mehr darauf konzentrieren, wie wir wieder zu einem stärkeren Recycling kommen im Sinne von Vorgaben bei Recycling und Quoten und bei Behandlungsvorschriften.

Vorsitzender: Diese beiden Impulse waren ein sehr guter Einstieg in unsere Diskussion, und das war eine gute Grundlage. Jetzt freuen wir uns auf die Diskussion, und dafür gibt es jetzt schon eine Wortmeldung. Zunächst Herr Meiwald und dann Frau Menz.

Abg. **Peter Meiwald** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank, Herr Dr. Schweitzer, Herr Tschimpke, für die Einführung. Das ist auch durchaus gute Tradition, dass wir dieses Thema diskutieren. Und ich will heute zur gegenwärtigen Diskussion etwas beitragen.

Zum einen teile ich die Einschätzung, dass wir uns, indem wir darauf vertrauen, dass der Markt mit den immer steigenden Rohstoffpreisen die Regelungen trifft, davon verabschieden mussten. Und davon haben wir uns auch verabschiedet, das ist eindeutig.

Was ich ein bisschen anders sehe, als Sie, Herr Dr. Schweitzer, ist, dass wir beim Wertstoffgesetz nicht so viel über gesteigerte Recyclingquoten reden, die technisch machbar sind. Das hat damit zu tun, dass wir da eine sehr große Einigkeit haben. Es ist in allen Vorschlägen Konsens gewesen, dass wir da deutlich mehr können, als wir im Moment tun. Das sehe ich nicht ganz so pessimistisch wie Sie. Pessimistisch sehe ich in der Tat auch, ob wir es schaffen, uns auf ein Gesetz zu einigen, damit wir endlich in der Praxis vorankommen. Aber ich glaube, es scheitert nicht an den Quoten, und es liegt auch nicht daran, dass wir sagen, die Quoten sind uns egal, sondern da gibt es eine große Einigkeit, dass wir deutlich mehr können und deutlich mehr tun müssen, als wir es im Moment tun.

Was mich interessiert und wo ich gerne Ihre Einschätzung noch einmal hören möchte, bezieht sich sowohl auf das Wertstoffgesetz, als auch auf das Elektroaltgerätegesetz, aber auch auf ProgRes als Zukunftsprogramm. Wie kommen wir weiter, wenn wir wissen, dass der Markt es nicht alleine regelt? Und bei der Produktverantwortung: Bei allem Optimismus, dass die Hersteller eine Motivation haben, ressourcenschonend zu bauen oder zu planen, das ist ja nicht durchschlagend im Markt. Mich würde interessieren, wie Sie dazu stehen, wenn wir gerade auch die Spielräume, die uns die



niedrigen Rohstoffpreise jetzt liefern, dafür nutzen, da von Staatsseite einzugreifen.

Sie haben das Beispiel aus der Stahlindustrie angebracht. Wenn der Energiepreis auf 30 Prozent gesunken ist und der Eisenerzpreis auf 40 Prozent, dann müsste gegenwärtig für die Stahlindustrie, zumindest für den nationalen Markt, eine enorme Spanne enthalten sein. Der Weltmarkt gibt das beim Verkauf der Produkte natürlich nicht her, aber im eigenen Bereich wäre dies denkbar. Im Hinblick auf Ressourcenabgaben mit Kompensation an der Grenze, wäre das durchaus ein denkbarer Ansatz, zu sagen: Wir sorgen über den Weg einer Ressourcenabgabe dafür, dass die Preise sich der ökologischen und sozialen Wahrheit annähern. Wir können das nicht komplett abbilden, aber es geht darum, sich dem erst einmal anzunähern. Dies kann man auch über den Bereich des Wertstoffgesetzes tun. Da haben wir entsprechende Vorschläge gemacht, sich zuerst einmal vom anderen Ende dem Thema „Ressourcenabgabe“ zu nähern. Man könnte sich das auch umfassender vorstellen. Insgesamt dreht es sich um die Frage, neben Ökodesign-Richtlinie über ökologisch gestaffelte Ressourcenabgaben zur Produktverantwortung zu kommen. Zum Beispiel sind Sandwichverpackungen nicht mehr zeitgemäß, weil wir sie so schlecht weiterverwenden können. Es geht dann nur noch ins Downcycling. Was können wir da tun?

Mich würde auch interessieren, welche weiteren Vorschläge Sie haben, gerade auch in Hinblick auf ProgRes, um eben nicht nur den Bereich der Rohstoffe und fossilen Energieträger in den Blick zu nehmen, sondern auch Flächenverbrauch, saubere Luft, Wasser, Böden, Erhalt der Biodiversität, die sich letztlich in den sozialen und ökologischen Kosten auch irgendwo wiederfinden müssen. Ob Sie noch weitere konkrete, gute Vorschläge für uns haben und diese auch mit ökonomischen Anreizen zu hinterlegen? Vielen Dank.

Vorsitzender: Danke, Herr Peter Meiwald. Als nächstes Frau Menz für die Fraktion DIE LINKE. und dann Herr Dr. Lenz für die CDU/CSU-Fraktion. Herrn Thews haben wir vergessen, Herr Thews ist dann danach dran. Bitte, Frau Menz.

Abg. **Birgit Menz** (DIE LINKE.): Danke schön, Herr Vorsitzender, danke auch für die Vorträge. Herr Meiwald hat mir jetzt die spannendsten Fragen weggenommen. Nämlich, wenn der Markt es nicht mehr regelt, wer dann? Das ist schon eine spannende Angelegenheit, denn allein Vernunft, Verzicht oder auch Einsicht werden es nicht tun. Das sehe ich jedenfalls so. Aber ich sehe da auch noch eine weitere spannende Frage. Bevor ich recycle bzw. den Anreiz zum Recyceln gebe, zum Beispiel bei Kaffeekapseln und mittlerweile auch Teekapseln, müsste man doch über die Langlebigkeit von Produkten nachdenken. Und das würde ich vielen Dingen vorziehen, was jetzt nicht heißen soll, dass ich noch von Omas Sachen leben muss, aber ich möchte zumindest die Möglichkeit haben, in meinem Leben gewisse Dinge nicht ständig erneuern zu müssen. Oder auch Kompatibelkeiten, wo ich dann mit neue Teilen ansetzen kann. Gibt es hier Ideen?

Vorsitzender: Dann käme Herr Michael Thews.

Abg. **Michael Thews** (SPD): Es wurde jetzt viel über das Wertstoffgesetz gesagt. Deswegen möchte ich auch ein paar Sätze dazu sagen. Ich verfolge das jetzt seit zwei Jahren, aber das Wertstoffgesetz geht schon in die zweite Legislaturperiode. Allerdings, Herr Dr. Schweitzer, muss ich zu ein paar Dingen noch etwas sagen.

Es liegt jetzt ein Entwurf vor, und ich kenne die Stellungnahme auch von ALBA zusammen mit REMONDIS. Ich glaube, die Überschrift war: „Ein Wertstoffgesetz für die Tonne“. Wenn ich nun ein Wertstoffgesetz will, dann muss ich auch mitarbeiten und konstruktive Vorschläge machen. Da ist es manchmal so, dass die Interessensverbände sehr unterschiedliche Interessen an dem Wertstoffgesetz oder Forderungen an das Wertstoffgesetz haben. Aber wichtig ist es, dass wir zu einem Kompromiss kommen. Und das betrifft nicht nur den wichtigen Punkt der Organisationshoheit. Ebenda gab es massiv Einsprüche oder Anforderungen von allen Seiten, aber natürlich enthält auch der jetzige Entwurf schon ganz andere Ansätze, und da geht auch meine Frage hin.

Sie haben jetzt mehrfach den Begriff „normative Anforderungen“ eingebracht. Vielleicht erklären



Sie noch einmal ganz genau, was Sie damit meinen? Wo die Ideen sind, die Sie da mit einbringen? Und zum Zweiten würde mich interessieren: Sie kritisieren in Ihrem Statement auch die Stagnation der Recyclingquoten. Ich glaube, das haben wir alle kritisiert. Das ist hier Konsens, dass diese anspruchsvoller werden müssen. Aber es ist jetzt im Arbeitsentwurf auch vorgesehen, dass Kunststoffe 90 Prozent einer Verwertung zugeführt werden sollen und 80 Prozent dieser Verwertungsquote durch werkstoffliche Verwertung sicher zu stellen sind. Wie schätzen Sie das ein? Ist das realistisch? Ist das machbar?

Herrn Tschimpke hat gesagt, dass wir Materialien aus dem Ausland zur Verbrennung hierher bringen lassen. Ich glaube, es ist ein bisschen weniger, als viele denken, aber das ist richtig. Wir holen aber auch Materialien zum Recyceln aus dem Ausland hierher. Das haben mir Kunststoffrohrhersteller erst kürzlich erzählt. Wir brauchen mehr Recycling hier in Deutschland. Wie Herr Meiwald gerade schon eingebracht hat, reden wir darüber, dass Verpackungen usw. eben recyclingfreundlich gestaltet werden sollen. Das soll auch zukünftig durch die Lizenzabgabe gefördert werden. Welche Forderungen gibt es von Ihrer Seite, Herr Tschimpke, bezüglich der Gestaltung einer Lizenzabgabe, damit zukünftig dann wirklich die Motivation gestärkt wird, recyclingfreundliche Verpackungen auf den Weg zu bringen?

Vorsitzender: Herr Andreas Lenz, CDU/CSU.

Abg. **Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Auch von meiner Seite ganz herzlichen Dank für die Darstellung der Problemstellung und für die Darstellung, wie Sie die Dinge sehen. Ich finde es ganz wichtig, wie Sie eben auch erwähnt haben, dass sich Annahmen über Preisentwicklungen sehr schnell ändern können. Wir haben im Moment eine ähnliche Herausforderung im Bereich der erneuerbaren Energien oder auch im Bereich der Wärmedämmung. Die Frage ist immer, wie man mit einem Ordnungsrahmen auf solche Situationen reagieren kann. Da würde mich interessieren, ob durch eine gesteigerte Rohstoffverantwortung, durch eine vielleicht auch andere Produktverantwortung, durch ein anderes Produktdesign sich Ihrer Meinung nach die Effizienz im Bereich des Recyclings

heben ließe. Hätten Sie da auch konkrete Vorschläge? Letztlich geht es bei solchen Modellen oder Überlegungen auch immer um die Internalisierung externer Kosten. Das Modell der CO₂-Bepreisung funktioniert unzureichend. Könnten Sie sich ähnliche Modelle, nur mal als Blaupause gedacht, auch im Bereich des Recyclings vorstellen? Die Idee wäre, Anreize zu setzen, die Marktsysteme stärken und systemisch solche Vorteile, die sich dann aufgrund des Recyclings oder der Kreislaufwirtschaft ergeben können, mit berücksichtigen.

Mein letzter Punkt bezieht sich auf die stark in der Kritik stehende Verbrennung. Das kann ich nachvollziehen. Es ist aber auch so, dass Deutschland sehr gut ist bei der Müllverbrennung, nicht nur anhand der Zahlen, sondern auch aufgrund der Qualität. Wir haben trotzdem 9 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß durch die Verbrennung. Das ist überhaupt keine Frage, und das ist auch eine Problemstellung. Aber wir haben es schon vorher gehört, es sind natürlich auch Interessen damit verbunden. Wie würden Sie diesen Konflikt lösen, so dass es eben nicht nur zu Lasten der bestehenden Akteure geht? Wie könnten Sie sich eine Umstellung vorstellen, dass man hier zu höheren Quoten kommt, ohne alles in Frage zu stellen, was gegenwärtig geschieht?

Vorsitzender: So, es sind eine Menge Fragen zusammengekommen. Wir machen es in umgekehrter Reihenfolge. Herr Dr. Schweitzer, bitte.

Dr. Eric Schweitzer (Vorstandsvorsitzender der ALBA Group plc & Co. KG): Ich würde der Reihe nach antworten, wenn Sie einverstanden sind, zunächst Herrn Meiwald. Ich hatte Ihnen gesagt, wir haben diesen Verfall der Schrottpreise alleine von Juli letzten Jahres bis jetzt von circa 100 Euro pro Tonne. Das sind circa 40 Prozent. Jetzt könnte man meinen, der Stahlindustrie geht es unglaublich gut, denn sie kauft jetzt Rohstoffe 40 Prozent günstiger ein, hat aber den gleichen Verkaufspreis. Das hat sie nicht. Dazu nur zwei Zahlen. ArcelorMittal hat für das letzte Jahr einen Verlust von 7 Milliarden Euro gemeldet. 7 Milliarden, das hatten wir noch nie, ein dramatischer Verfall ihrer Preise. ThyssenKrupp, die auf dem Sanierungskurs waren mit hohen Kosteneinsparungen, haben jetzt wieder Verluste gemeldet. Woran liegt es?



Wir haben einerseits den Verfall der Erzpreise, weil dieses Oligopol Rio Tinto und BHP versuchen, ähnlich wie beim Öl, den Preis runterzudrücken, um andere Wettbewerber zu verhindern. Zudem bestehen in China gegenwärtig Überkapazitäten, die in etwa dem Doppelten der europäischen Stahlindustriekapazität entsprechen, und die den europäischen Markt zurzeit fluten mit subventionierten Preisen ihrer Produkte. Warum? Weil sie den Arbeitsplatzabbau bei sich über unrentable Stahlwerke verhindern wollen und weil sie das Thema politisch in ihren Regionen nicht haben wollen und damit den Arbeitsplatzabbau nach Europa bringen. Man muss wissen, wir haben in Europa oder in Deutschland die effizienteste Stahlindustrie weltweit. Und für jede Tonne Stahl, die in China produziert wird, wird dort eine halbe Tonne mehr CO₂ emittiert als hier. Es muss zügig reagiert werden und zwar viel stärker als die Europäische Kommission es bis jetzt gemacht hat, die nur Strafzölle eingestellt hat auf verschiedene Stahlprodukte. Aber die kommen zu spät und sind zu niedrig. Das wird kaum Auswirkungen auf den Stahlmarkt haben. Die Stahlindustrie befindet sich nach ihren eigenen Aussagen in ihrer stärksten Krise, die sie jemals hatte. Wenn die Kommission nicht stärker reagiert, werden wir dazu kommen, dass wir bald keine Stahlindustrie mehr in Europa haben. Ohne Stahlindustrie Autos zu bauen ist sehr schwierig, weil dann ein wesentlicher Teil der Wertschöpfungskette fehlt. Das heißt, denen geht es dann dramatisch schlecht, dadurch geht es der Recyclingwirtschaft in diesem Bereich auch dramatisch schlecht, und damit werden die Erfassungsmengen substanziell nach unten gehen.

Zum Thema „Produktverantwortung“ kann man sagen, dass wir uns durch die Verpackungsverordnung Anfang der 90er Jahre vom reinen Marktmechanismus gelöst haben. Also reiner Preismechanismus heißt: Ist der Sekundärstoffpreis hoch, substituiert er Primärrohstoffe. Das geschah, indem der Gesetzgeber im Jahre 1990/91 die Produktverantwortung in die Verpackungsverordnung implementiert und Vorgaben gemacht hat über Recyclingquoten und ähnliche Themen. Die Quoten wurden das letzte Mal vor zehn Jahren angepasst, und inzwischen werden die Quoten alle deutlich überschritten.

Die Kritik von ALBA an der jetzigen Diskussion ist, dass ich die große Sorge habe, dass wir aufgrund des auch ideologisch geführten Streits um die Tonne keine höheren Recyclingquoten bekommen. Diese Gefahr zumindest sehe ich in dem Prozess, denn eine Einigung zu erzielen zwischen dem, was der Deutsche Bundestag jetzt beschlossen hat, und dem, was als Arbeitsentwurf des BMUB vorliegt, wird schwierig sein. Produktverantwortung funktioniert nur, wenn der, der bestellt, auch bezahlt. Und damit besteht die große Gefahr, in der Produktverantwortung die Erhöhung der Recyclingquoten zu verlieren. Wir diskutieren beim Wertstoffgesetz über 5 Kilogramm pro Einwohner und Jahr. Das sind die sogenannten stoffgleichen Nichtverpackungen. Ob es nun fünf, sechs oder sieben sind, ist unabhängig zur Gesamtmenge, die wir haben. Wir haben noch 57 Prozent stofflich verwertbarer Produkte im Hausmüll, die zurzeit verbrannt werden. Jetzt kann man sagen, verbrennen ist ja besser als deponieren. Ja, aber diesen Erkenntnisprozess hatten wir schon 2005 durch Herrn Trittin, damals Umweltminister, als er die Ablagerungsforderung vorgeschrieben hat. Die gesetzgeberische Umsetzung ist jetzt elf Jahre her. Wir verlieren das große Ganze aus dem Auge, und es besteht die Gefahr, dass es zu keiner Einigung kommt und wir wieder Zeit verlieren. Und das in einer Situation fallender Rohstoffpreise, ohne normative Anforderungen. Am Ende des Tages verliert Deutschland als Recyclingstandort massiv. Sie müssen Folgendes wissen: Deutschland hat an der gesamten industriellen Wertschöpfung weltweit einen Anteil von 7 Prozent. Bei dem Thema „Umweltbereich“ haben wir einen Weltmarktanteil von 15 Prozent und bei Recyclinganlagen - das ist nicht das, was ALBA macht, sondern das, was die Hersteller in der Innovation der Technologie tun - haben wir einen Anteil von 25 Prozent. Warum haben wir den? Weil Deutschland bisher in diesem Bereich als führend galt. Wir haben aber seit zehn Jahren eine Stagnation, weil wir nicht vorankommen in den normativen Anforderungen. Und wir werden nicht andere Länder davon überzeugen können, dass sie sagen: Kauft etwas bei uns, was wir gerne bei euch anwenden würden, wenn ihr die Voraussetzungen schafft. Wir werden der Verantwortung in Deutschland nicht gerecht, weil wir uns meines Erachtens nach über Dinge streiten, die das große Ganze aus dem Auge verlieren. Das ist für den



Bürger nachher nicht maßgeblich. Maßgeblich ist, dass es eine ungeteilte Produktverantwortung gibt. Ich glaube, damit habe ich die Fragen einigermaßen beantwortet.

Wir haben gesagt, bei der Beantwortung gibt es kein Zeitlimit, ich würde aber Herrn Tschimpke gerne noch Zeit geben.

Abg. **Michael Thews** (SPD): Eine Frage ist noch nicht beantwortet. Meine Frage war zu den jetzt im Entwurf benannten Recyclingquoten: Wie schätzen Sie die ein? Wir haben immer noch die Chance, dass es auch durchkommt.

Dr. Eric Schweitzer (Vorstandsvorsitzender der ALBA Group plc & Co. KG): Zunächst glaube ich, dass die Recyclingvorgaben der Quoten im Kunststoffbereich sehr anspruchsvoll sind. Aber zentral ist, dass, wenn der Vollzug passiert, es auch kontrolliert und eingehalten wird. Das ist ein wesentliches Problem bei der bisherigen Umsetzung der Verpackungsverordnung, bis jetzt, bis zur letzten Novelle, die gut war und auch wirklich wirkt. Wenn der Vollzug funktioniert, wäre es richtig, es so durchzuführen. Meines Erachtens ist es jetzt noch nicht umsetzbar. Ich habe aber das Vertrauen darauf, dass, wenn Sie es beschließen, es relativ zügig auch umsetzbar sein wird, da vertraue ich in die Stärke der Innovationsfähigkeit der Recyclingindustrie.

Es droht die Gefahr, wieder Zeit zu verlieren, wenn es zu keiner Einigung kommt. 2017 ist die Bundestagswahl. Bis wir dann wieder soweit sind, ist es realistisch 2019. Mein Vorschlag ist, das Thema von der eigentlichen Situation zu trennen, die Verpackungsverordnung zu novellieren und höhere Quoten festzulegen, eine solche Einigung müsste relativ unideologisch möglich sein, und dann die Diskussion weiterzuführen. Ich wäre dagegen, den Vorgang zu rekommunalisieren, weil ich glaube, das trennt die Produktverantwortung von dem, der bestellt. Mein Vorschlag ist, über eine weitere Novelle der Verpackungsverordnung die höheren Quoten festzulegen, um wenigstens ökonomisch und ökologisch beim Thema, wie mehr Recycling erzielt werden kann, weiterzukommen. Und parallel dazu schlage ich beim Elektroaltgerätegesetz eine Behandlungsverord-

nung vor. Denn sonst werden wir, bis die Behandlungsverordnung eventuell fertig ist, keine modernen innovativen Recyclinganlagen für Elektronikschrott in Deutschland mehr haben. Denn es verdient keiner in dem Bereich zurzeit Geld, sondern die Elektroaltgerätebehandlungsanlagen verlieren alle Geld. Wenn da nicht zügig gehandelt wird, werden Sie zwar irgendwann eine Behandlungsverordnung haben, aber keine Anlagen mehr.

Olaf Tschimpke (Präsident NABU-Bundesverband): Ich möchte mich kurz fassen. Es ging im Wesentlichen um die Frage der ökonomischen Bewertung. Ich glaube, da muss man den Mut haben, Ressourcenabgaben auch politisch durchzusetzen. Aber alles, was mit Steuern und Abgaben zu tun hat, liegt in einem schwierigen politischen Umfeld. Man muss zudem den Mut haben, auch durch die Ökodesign-Richtlinie und dann die nationale Umsetzung, gewisse Dinge einfach nicht mehr zuzulassen. Wenn man den Vermeidungsgrundsatz sieht: Wir haben Verpackungen auf dem Markt, die niemand braucht, aber sie werden trotzdem im großen Stile dort gemacht. Und leider hilft uns der Emissionshandel nicht. Wir hätten sonst ein Instrument, weil all das, was wir mit den Sekundärrohstoffen machen, deutlich günstiger ist, was die Klimabilanz angeht. Das hilft uns aber nicht, weil tatsächlich die Tonne CO₂ einfach zu günstig ist und wir da auch aus diesem Bereich keinen ökonomischen Druck haben. Den Emissionshandel zu renovieren und zu modernisieren und auf den richtigen Pfad zu bringen, ist sehr wichtig. Übrigens, den auch dann in China einzuführen, wäre wichtig, weil sie natürlich damit schon wieder Wettbewerbssatzverzerrungen erzeugen in diesem globalen Maßstab. Zu der Lizenzabgabe haben wir Vorschläge gemacht. Ich finde schon, dass diejenigen Hersteller, die jetzt höhere Recyclatanteile einsetzen, auch durch die Lizenzabgabe positive Effekte haben müssen, während gleichzeitig die, die das nicht machen, einen Malus-Effekt haben. Da hat uns das BMUB jedoch gesagt, das sei europarechtlich schon wieder schwierig, wettbewerbsrechtlich. Also, an dieser Stelle würde ich gerne nachdenken wollen, dass tatsächlich da auch ein positiver steuernder Effekt entsteht. Was wir zum Beispiel zusammen mit Werner & Mertz, das ist „Frosch“, und dem Dualen System tun, ist nicht ein Downcycling, sondern die Flasche ist ein komplettes Recyclat, sogar



lebensmittelecht mit US-Anerkennung. Das zeigt doch, dass es auch technologisch heute geht, und dass auch mal ein Hersteller die Führung übernommen hat. Deswegen ist bei der Produktverantwortung die Nähe zum Hersteller wichtig. Die Verantwortung vom Hersteller wegzunehmen, ist der völlig falsche Weg. Auch für die Rohstoffe müssen die Hersteller noch Verantwortung übernehmen, und dann kommen wir nämlich zum Thema „Flächenverbrauch“, „Kinderarbeit“ und vielen weiteren Problemen. Wenn die Verantwortung weit weg vom Hersteller ist, fühlt er sich an der Stelle nicht mehr verantwortlich, sondern sagt: „ALBA, macht Ihr das.“ Und das ist der falsche Weg. An der Stelle müssen wir auch mit ökonomischen Instrumenten arbeiten. Darüber muss nachgedacht werden, und wir haben in einigen Bereichen auch Vorschläge dazu gemacht, die Sie aber auch bereits kennen.

Abg. **Peter Stein** (CDU/CSU): Ich habe eine Frage zu Produktverantwortung und Produzentenverantwortung. Wir haben eine zunehmende Weiterentwicklung von eingesetzten technischen Materialien. Ich möchte drei Bereiche ansprechen, in denen Massen entstehen. Erstens Mobiltelefone, zweitens technische Textilien in verschiedener Funktion, aber auch im Fahrzeugbau. Sehen Sie bestimmte Produktgruppen, wo wir besonders aufpassen müssen und wo es schwierig werden könnte, die Dinge, die wir hier entwickeln, tatsächlich umzusetzen? Wie sieht es konkret bei technischen Textilien aus?

Abg. **Peter Meiwald** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte noch zu der Debatte um das Wertstoffgesetz etwas sagen. Ich glaube, es ist ein bisschen verkürzt, wenn man jetzt Franz Untersteller oder anderen aus den Ländern die Verantwortung dafür zuschiebt. Wir haben vor zwei Jahren, als es um die 7. Novelle der Verpackungsverordnung ging, dies auch schon sehr intensiv diskutiert und auch eine klare Zusage gehabt, dass wir sehr schnell ein Wertstoffgesetz bekommen werden. Sonst hätten die Länder dieser 7. Novelle nicht zugestimmt. Das war damals eine klare Vereinbarung, wo man an diesem Punkt die Verantwortung auch ein Stück weit an das BMUB weitergeben muss. Denn die unterschiedlichen Positionen sind nicht neu, und diese zwei Jahre, die sind in der Tat verstrichen, zu unserem großen Bedauern.

Sie haben gesagt, es sei wichtig, die ungeteilte Produktverantwortung zu haben. Man kann natürlich genauso gut argumentieren, es sei im Sinne der Bürger auch interessant, eine ungeteilte Sammelverantwortung zu haben. Ich wäre schon froh, wenn wir es schafften, da eine Lösung zu finden. Ich glaube, da hat sich schon viel bewegt. Wir haben am Anfang gesagt, wir wollen die Sortierverantwortung insgesamt bei den Kommunen haben. Es geht jetzt eigentlich nur um das Sammeln. Es ist schade, dass ein Gesetzentwurf an dem Streit um die Tonne scheitert. Ich hoffe sehr, dass sich jetzt schnell etwas bewegt und wir auch aus dem Ministerium noch einmal einen vernünftigen Entwurf bekommen. Die Frage ist, wie wir noch etwas bewirken können, obwohl wir in einigen Branchen komplett den Anschluss verlieren, weil es sich vom Preis her gegenwärtig nicht lohnt zu recyceln. Ich glaube, und da würde ich gerne noch einmal eine Einschätzung zu hören, es geht nur darum, dass wir den Einsatz von Primärrohstoffen intensiv verteuern, ansonsten haben die Sekundärrohstoffe im Moment am Markt alleine keine Chance. Und das funktioniert nur darüber, dass man die externen Kosten mit reinnimmt.

Ich habe noch eine konkrete Frage an Herrn Tschimpke, aber gerne auch an beide Gäste. Wie schätzen Sie das ein, bei den ökonomischen Instrumenten mit einem Pfandsystem, zum Beispiel im Bereich von Handys oder von Elektrokleingeräten, zu arbeiten? Man könnte ein Pfandsystem im kleinen Bereich erproben, mit der Überlegung, dadurch einfach mehr von den Rohstoffen, die sonst rumliegen oder in die Verbrennung gehen, zurückzubekommen.

Vorsitzender: Ja, noch einmal Kollege Thews.

Abg. **Michael Thews** (SPD): Herr Tschimpke hat ja unter anderem darauf hingewiesen, dass bestimmte Stoffe verboten werden müssen. Das ist auch im Entwurf des Wertstoffgesetzes schon enthalten. Das heißt, wenn bestimmte technische Voraussetzungen für ein Recycling nicht mehr gegeben sind und das auch festgestellt wird, dann gibt es im jetzigen Entwurf schon die Möglichkeit, dort auch Verbote auszusprechen. Herr Dr. Schweitzer hatte darauf hingewiesen, dass wir in bestimmten Bereichen auch noch sozusagen Technologieanreize brauchen, um dahinzukommen, dass man



solche Recyclingmethoden überhaupt entwickelt. Ich glaube, dass wir beim ElektroG sowieso darauf achten müssen. Zu mir hat einmal jemand gesagt, es sei gut, dass die alten Handys bisher nicht abgegeben würden, weil sie noch eine ganze Menge Rohstoffe enthielten. Wenn wir die vernünftig gewinnen können, dann können wir sie auch noch einsetzen. Die neuen Handys enthalten wesentlich weniger Rohstoffe, weil mittlerweile auch die Produzenten in diesem Bereich einsparen. Platinen werden so bestückt mittlerweile, dass kaum noch Wertstoffe oder Rohstoffe dort eingesetzt werden, nur noch hauchdünn. Das heißt, auch in Zukunft werden wir wieder neue Recyclingmethoden entwickeln müssen. Und meine Frage ging auch so ein bisschen in die Richtung von Herrn Meiwald. Was muss eigentlich gegeben sein, um solche Sachen dann wirklich auf den Weg zu bringen? Pfandsystem war ein Beispiel, man kann sich andere Dinge vorstellen. Wir müssen davon ausgehen, dass wir in diesem Bereich auch einen Technologieschub brauchen werden, um solche Dinge weiterzuentwickeln.

Abg. **Carsten Träger** (SPD): Mich würde es wirklich sehr interessieren, wie der Unternehmer denkt, wenn er sein Produkt entwickelt. Preis, Rohstoffe, das ist alles eingängig, aber es sind doch wohl nicht nur diese Fragen. Sondern: Was ist denn letztendlich für die unternehmerische Entscheidung wichtig, um zu sagen, okay, ich trete jetzt dem Thema „Produktverantwortung“ näher? Was sind da noch weitere Stellgrößen? Was kann über das bereits Angesprochene hinaus die Politik an Rahmenbedingungen verändern? Für uns Politiker wäre es wertvoll zu wissen, welche weiteren Kriterien es gibt.

Vorsitzender: Darf ich fragen, ob es weitere Fragen gibt? Das ist nicht der Fall. Dann würde ich die Frageliste insgesamt schließen und noch einmal beiden Gästen das Wort geben zur Beantwortung und damit auch zum Schlussstatement, jetzt in der anderen Reihenfolge, Herr Tschimpke, dann Herr Dr. Schweitzer.

Olaf Tschimpke (Präsident des NABU-Bundesverbandes): Ich will einen Punkt noch einmal vorschleichen. Wichtig ist, dass wir ein umfassendes Erfassungssystem für alle Wertstoffe bekom-

men, auch ein Erfassungssystem ohne Schlupflöcher und zwar über alle Dimensionen hinweg. Das ist eine der Schlüsselfragen, weil das auch die Grundvoraussetzung ist, dass alle gleich behandelt werden. In der Vergangenheit hatte man ja durchaus auch bei der Verpackungsordnung den einen oder anderen, der sich dem entzogen hat, wo dann politisch nachgearbeitet werden musste. Also, das ist die erste Voraussetzung und das möglichst bürgernah, weil sonst die Systeme auch nicht funktionieren.

Natürlich kann man sich Systeme wie das Pfandsystem ausdenken, nur dann muss man auch den Mut haben, das Pfand ökonomisch so zu sortieren, dass es auch tatsächlich eine Wirkung hat. Wir haben mit unseren Mehrwegflaschen ja durchaus unsere Erfahrungen gemacht, auch mit dem Pfandsystem, wobei der Bürger nicht mehr klar kommt: Was ist nun Einweg, was ist Mehrweg? Und gleichzeitig werden trotzdem wieder wesentlich mehr Dosen hergestellt, deren Aluminium nur mit unglaublichem Energieverbrauch möglich ist. Der Dosenmarkt war eigentlich am Ende in Deutschland, und jetzt wächst er wieder. Und er wächst, weil insbesondere die ganzen Energiedrinks in Dosen verkauft werden, es auf einmal wieder schick ist, Dosen zu kaufen, und den Käufern ist das völlig egal. Und diese Hersteller hat man bisher nicht im Visier. Hier muss man massiv einsteigen, solche Schlupflöcher müssen beseitigt werden. Und dann müssen alle beteiligt werden und mit den externen Kosten, die sie erzeugen, sei es im Klimabereich oder im anderen Bereich, auch belastet werden. Und dann müssen diese Abgaben auch so hoch sein, dass sie wirklich eine steuernde Wirkung haben. Wenn man das nämlich nicht macht, dann wird auch nicht das Ergebnis erzielt werden, das man sich vorstellt. Und dazu muss man schon den Mut haben. Alle diejenigen, die Verantwortung übernehmen wollen, und es gibt eine ganze Reihe von Herstellern, die sich auch Gedanken machen über Rohstoffe und über Nachhaltigkeit, werden durch diese Schlupflöcher tatsächlich auch massiv im Wettbewerb geschädigt. Und deswegen ist das für mich eine der Schlüsselfragen, Wettbewerbsgerechtigkeit herzustellen mit den externen Kosten, die tatsächlich da sind.



Auch Zertifizierungssysteme sind für mich ein wichtiges Instrument. Der Käufer muss wissen, woher die Dinge stammen und unter welchen Rahmenbedingungen sie hergestellt worden sind. Und da muss man die Hersteller auch stärker verpflichten. Es gibt immer noch einen großen weltweiten Handy-Hersteller, der noch nicht einmal die Akkus austauschbar macht. Das sind schon Dinge, die kann man vorschreiben. Und da gibt es einfach auch einen Regelbedarf. Wer sich nicht an die Regeln hält und nicht-recyclingfähige Materialien auf den Weg bringt, obwohl es sie gibt, der muss auch ökonomische Nachteile haben oder sogar einem ordnungsrechtlichen Verbot unterzogen werden. Dafür haben wir die EU. Das können wir im Rahmen unserer EU-Richtlinien auch regeln. Das müssen wir dann aber auch tun. Da fehlt manchmal auch der Mut. Natürlich ist es auch schwierig, denn die wirtschaftlichen Interessenlagen der Unternehmen treten auch zutage. Trotzdem, da fehlt politischer Mut, um das durchzusetzen. Der Bürger allein macht es auch nicht, das wissen wir auch. Das sehen wir an „Nespresso“, nur so ein Beispiel hier. George Clooney ist ja gerade in Berlin. Er ist derjenige, der den Leuten jetzt diese Nespresso-Kapseln unterjubelt. Das ist natürlich eigentlich ein Wahnsinn, das ist ja unglaublich teuer. Und trotzdem ist es einfach schick und simpel. Aber es gibt sehr viele andere gute Systeme an dieser Stelle, die einen noch viel besseren Kaffee liefern, und trotzdem wird es gemacht. Da muss man auch einsteigen, denn, wenn man nicht rechtzeitig etwas tut, ist das eine Ressourcenverschwendung unbeschreiblicher Art, auch mit einem erheblichen Klimaeffekt. Da haben wir eine Menge an politischem Stoff, den wir leisten müssen. Das Wertstoffgesetz muss kommen. Das muss auch in dieser Legislaturperiode kommen, das müssen Sie jetzt erreichen. Wenn wir uns da nicht einigen können, obwohl ich es nicht verstehen kann, dann müssen die Quoten nach oben gesetzt werden. Die ökologischen Fortschritte, die im Gesetz enthalten sind, müssen in jedem Fall in dieser Legislaturperiode durchgesetzt werden, auch wenn man sich über die Erfassungssysteme nicht einigen kann und wer für welche Tonne zuständig ist.

Dr. Eric Schweitzer (Vorstandsvorsitzender der ALBA Group plc & Co. KG): Es werden pro Jahr in der Welt 1,3 Milliarden Handys neu produziert. In

diesen Handys sind Gold, Silber, Palladium, Kupfer, Tantal und Kobalt enthalten. Allein die Goldmenge, die da verarbeitet wird, entspricht 30 Tonnen Gold, und an Silber sind es 300 Tonnen. Wir sind 80 Millionen von 7 oder 8 Milliarden Einwohnern in dieser Welt, also 1 Prozent. Jetzt wird bei uns in Deutschland der Handyverbrauch höher sein, weil der Wohlstand höher ist. Von alleine über den Rohstoffpreis wird nichts passieren. Sie hatten vorhin das Thema „seltene Erden“ angesprochen, warum kommen wir da nicht wirklich voran? Weil die Rohstoffpreise, die man erzielen kann, niedriger sind als der Kostenaufwand, den man für die Innovation des Recyclings hat. Also, es technologisch zu machen plus die separate Erfassung. Deswegen werden die nur marginal recycelt. Das ist ja auch mein Punkt beim Elektroaltgerätegesetz, was ein guter erster Schritt war.

Nun fehlt noch der zweite Schritt, das ist wie im Straßenverkehr. Der erste Schritt war: Fahre nur Tempo 50, das ist nur erlaubt auf Straße X. Wenn ich aber keinen Vollzug habe, wenn ich anschließend keine Kontrolle habe, sondern nur fest daran glaube, dass sich schon alle daran werden, passiert folgendes: 2, 3, 5, vielleicht 10 Prozent der wirklich Überzeugten fahren Tempo 50. Der Rest rast vorbei, die 10 Prozent ärgern sich, und dann springen noch einmal 5 Prozent ab. So in etwa können Sie sich das übertragen auf diesem Markt vorstellen. Das heißt, wenn es nicht zügig eine Behandlungsverordnung gibt, die die Recyclingquoten vorschreibt und den Vollzug sichert, wird es nicht funktionieren. Und der Vollzug darf nicht anschließend wie bei der Verpackungsverordnung in die Zuständigkeit der Länder übertragen werden. Die Länder sagen: Wir haben kein Geld, wir kümmern uns jetzt um Flüchtlinge und alles andere. Ich selbst hatte es einmal in Berlin besprochen. Ich war einmal bei der Senatsumweltverwaltung, und dort sagte man mir: „Passen Sie auf, Herr Dr. Schweitzer, wir haben für den Vollzug der Verpackungsverordnung zwei Leute“. Das können Sie auf jeden Kreis übertragen, das wird in keinem Ort anders sein in Deutschland. Da sage ich: „Okay, zwei Leute, es wäre wahrscheinlich einfacher, wenn Sie die auch noch einsparen, weil das auch nichts bringt“. Dann gehen Sie einmal in irgendeine Kreisverwaltung, die in den Flächenländern für den Vollzug zuständig ist, da sagt



Ihnen der Landrat: „Ich habe kein Geld, jedenfalls gebe ich es dafür nicht aus; das bisschen, was ist habe, nehme ich für andere Prioritäten.“ Das heißt, wenn wir keinen Vollzug haben, wird es nicht gelingen. Und Vollzug ist meiner Meinung nach eine staatliche Aufgabe. Das heißt, wir brauchen die Behandlungsverordnung zügig, und wir brauchen jemanden, der es kontrolliert.

Herr Meiwald und Herr Thews sprachen das Thema „Produktförderung und Wertstoffgesetz“ an. Mein Petitum als Unternehmer: Ich habe hohen Respekt davor, wie diejenigen, die politisch verantwortlich sind in der Exekutive wie in der Legislative, um die Themen ringen. Zum Teil macht es mich ein Stück weit traurig, dass hier mit unglaublicher Kraft gerungen wird. Das wirkliche Ergebnis, mehr zu verwerten, ist marginal. Das ist jetzt keine Schuldzuweisung an irgendeine Partei oder irgendeine Regierungszusammensetzung, sondern wir verkämpfen uns an Themen, die ökologisch nichts bringen. Übertragen auf die Sammlung: Dadurch werden Sie nicht ein Gramm mehr Recyclingquote erreichen. Nicht ein Gramm, ob Sie das so oder so machen. Da sind andere Interessen, die dahinter stehen, die ich nachvollziehen kann, die aber im Sinne des Ökologischen keinerlei Wirkung haben. Wir kommen vielleicht auf eine Kompromissmöglichkeit, die man finden kann, im Sinne der Internalisierung der externen Kosten, höheren Recyclingquoten, des mehrstofflichen Recycling, um da eine Lösung zu erzielen.

Vielleicht noch eins kurz zu Herrn Träger: Wie tickt ein Unternehmer, wenn er Produkte herstellt, da sich Unternehmer ja im Wettbewerb befinden? Eine kleine Anekdote: Damals, als wir das Pfand bekommen haben, das Pflichtpfand, das ist jetzt elf Jahre her, hat Herr Trittin gesagt: „Passt mal auf, Ihr in der Wirtschaft, findet jetzt entweder eine Lösung, wie Ihr die Mehrwegquoten wieder steigert, oder es kommt der Pflichtpfand.“ Das Problem ist, wenn Sie miteinander im Wettbewerb stehen und Unternehmen beauftragen, eine Lösung zu finden, dann überlegt jeder aus seiner eigenen Genese heraus, wie er eine Lösung für sich findet, um sich finanziell besser zu stellen. Denn er trägt auch die Verantwortung für sein Unternehmen und nicht die Verantwortung, wie er eine Lösung gemeinsam im altruistischen Sinne findet. Deswegen konnte es damals keine Lösung geben.

Das ist gar kein Schuldvorwurf, sondern eine rein strukturelle Bemerkung. Der Fehler mit dem Pflichtpfand war dann, dass man Mehrweg mit Einweg aus Sicht des Verbrauchers gleichgestellt hat, also auch Mehrwegpfand und Einwegpfand, und dann geht es wieder um ökonomische Belange. Dann war Einwegpfand in dem Produktpreis günstiger, also kam diese Umstellung auf Einwegpfand. Das heißt, wie denkt der Unternehmer? Er denkt vom Grunde her, wenn er ein Produkt herstellt, wie er dieses anschließend am besten im Wettbewerb verkaufen kann. Denn die Unternehmen befinden sich ja in einem enormen Wettbewerb. Wenn Sie keine Anforderung stellen im Sinne der Internalisierung der externen Kosten, das heißt Erhöhung der Erfassung und Recyclingquoten, wird er es nicht freiwillig tun. Denn wenn im Wettbewerb der andere die Kosten nicht hat, dann denkt der mögliche Altruist an das Aus, weil der andere das Produkt ja günstiger verkauft. So denkt er vom Grunde her, da gibt es auch wieder Unterschiede. Ich könnte Ihnen gute und weniger gute Unternehmer zeigen, aber das ist dann meine Sichtweise. Sie werden wahrscheinlich, Herr Träger, mir auch aus Ihrer Sichtweise Gute und weniger Gute zeigen, wobei hier alles nur gute Unternehmer sind, und so gibt es da genauso unterschiedliche Sichtweisen, wie in jedem einzelnen Berufsstand.

Zum Thema „Wertstoffgesetz“ ist es wichtig, dass wir eine Lösung finden im Kern dessen, was wir wirklich wollen: mehr Recycling, mehr Verwertung, mehr Recyclingquoten. Und das müssen wir zügig erreichen, sonst verlieren wir wieder vier, fünf Jahre, und wir verlieren dann als Umweltstandort Deutschland mit unserer Technologie. Wir verlieren Zukunft, wir verlieren Arbeitsplätze, wir verlieren Klimaeinsparungen von klimaschädlichen Gasen. Es wäre vielleicht eine Möglichkeit, zu sagen, man lässt die Zuständigkeit im Bereich der Verpackung so, wie sie ist, und im Bereich der stoffgleichen Nichtverpackungen belässt man sie bei den Kommunen. Der Kern des kommunalen Interesses, warum die Kommunen die Gesamtverantwortung für die Sammlung haben wollen, ist nicht, weil sie besser oder schlechter sammeln können. Sondern weil sie befürchten, dass es über die Produktverantwortung für die stoffgleichen Nichtverpackungen eine Liberalisie-



zung der Hausmülltonne gibt und sie damit irgendwann ihre Verantwortung für die Hausmülltonne verlieren. Das meine ich nicht negativ. Wir sind auch für Kommunen tätig. Das ist der Kern der Überlegung, warum sie kämpfen und lieber alles wieder zurück haben wollen, damit ihnen das, was mit der Verpackungsverordnung passiert ist, nicht noch einmal geschieht.

Ich habe das persönlich unternehmerisch erlebt hier in Berlin. Es gab damals einen Streit über die Gelbe Tonne plus/Wertstofftonne, das war übrigens die gleiche Tonne. Und auf einmal stand bei den Bürgern eine kommunale orange Tonne, die den gleichen Inhalt hatte wie unsere gelbe Tonne. Ich habe mich damals gefragt, was jetzt wohl der Bürger denkt. Der versteht es wohl gar nicht mehr und wirft in beide das Gleiche, das ist ihm dann egal. Für den Kern des Problems der stoffgleichen Nichtverpackung haben wir damals in Berlin eine Lösung gefunden: Die stoffgleichen Verpackungen verbleiben in der Verantwortung der Kommune. Es wird aber vorgegeben, sie in der gelben Tonne recyceln zu müssen, und das zu ihren Kosten und zu ihren Erlösen. Wen es interessiert, dem können wir auch gerne dezidiert auseinanderlegen, wie das System funktioniert. Und die Verkaufsverpackungen bleiben weiterhin in der kompletten Produktverantwortung, auch in der Verantwortung für Sammeln und Verwerten bei den dualen Systemen. Die Recyclingquoten und Erfassungsquoten sind für beide gleich. Dadurch gibt es in Berlin jetzt bereits seit dreieinhalb Jahren die Wertstofftonne. Das gibt es in Braunschweig übrigens auch. Da ist es genauso gemacht worden und in verschiedenen anderen Gebieten auch. Es geht um

die Findung einer pragmatischen Lösung für das Thema. Eine Lösung im Sinne des Bürgers wäre, er hat sein Rohstoff-Produkt und erhält die verantwortungsvolle Erfassung. Im Sinne der Umwelt wäre, man erfasst mehr Mengen. Im Sinne des Wirtschaftsindustriestandorts Deutschland wäre, man steigert die Recyclingquoten und erhält mehr stoffliche Verwertung. Und man hätte damit auch ein Exportprodukt in der Technologie für andere Länder der Welt, die dieses sehr stark nachfragen. Das wäre vielleicht eine Möglichkeit, wie man eine Lösung finden kann. Das heißt aber, dass beide Seiten aufeinander zugehen müssen, und da hilft es vielleicht, den Druck im März abzuwarten bis April/Mai.

Vorsitzender: Ja, herzlichen Dank. Wir kommen damit zum Ende der Anhörung. Ich denke, wir haben einiges gelernt. Nicht nur, dass, wenn konkurrierende Unternehmen sich einigen müssen, es in etwa so schwierig ist, wie bei konkurrierenden Parteien, sondern wir haben insbesondere viele inhaltliche Hinweise erhalten. Und da wollen wir danken, weil wir mitten in diesem Prozess sind und hoffen, wie der Kollege Thews es ausgeführt hat, dass das Gesetz eine Chance hat in dieser Legislaturperiode, und da wollen wir uns einbringen. Wir werden auf Ihre schriftlichen Stellungnahmen aufbauen, aber auch auf das, was wir bisher erarbeitet haben und was Sie uns mit auf den Weg gegeben haben. Dafür ein herzliches Dankeschön. Danke für Ihr Kommen und bis bald.

Schluss der Sitzung: 19:22 Uhr

Andreas Jung, MdB
Vorsitzender



Fachgespräch: Produktverantwortung Rohstoffe Recycling

Statement für den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung des Deutschen Bundestages

17. Februar 2016

Vor fünf Jahren wehte ein anderer, industriepolitisch geprägter Wind. Die sich volatil entwickelnden Preise für Sondermetalle hatten ein Hoch erreicht. China drohte wegen seiner Exportbeschränkung von Seltenerdmetallen ein WTO-Urteil. 2010 bereits hat die Bundesregierung eine bis heute nicht fortgeschriebene Rohstoffstrategie verabschiedet, die sich angesichts des wachsenden High-Tech-Booms und der Exportstärke der deutschen Wirtschaft nahezu komplett auf die Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen und Halbfertigwaren konzentriert.

Zugleich wurden aber auch Argumentationsstränge in der Realpolitik ernsthaft ausgetauscht, die das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts als Maß für das Wohlergehen der Volkswirtschaft und der Bevölkerung in Frage stellten. Allen voran sind dazu die Beschlüsse der Enquête Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages zu nennen.

Mittlerweile wird die Bundesregierung das zweite Mal nach 2012 ein Ressourceneffizienzprogramm verabschiedet, das als Programm zur nachhaltigen Nutzung und zum Schutz der natürlichen Ressourcen aufgelegt wurde. Die EU-Kommission hat ein Kreislaufwirtschaftspaket mit über einjähriger Verzögerung veröffentlicht und startet den Prozess zur Umsetzung dessen.

Wer allerdings annimmt, dass die genannten programmatischen Weichenstellungen die deutsche Volkswirtschaft auf den Pfad der nachhaltigen Entwicklung, insbesondere in der Rohstoffnutzung, gelenkt hat, wird enttäuscht. Als Nachweis sei der relative Indikator „Rohstoffproduktivität“ aus der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie benannt. Der Zielwert für 2020 wird wahrscheinlich nicht erreicht. Die dafür notwendige Förderpolitik über Materialeffizienzgewinne hinaus, z.B. für gemeinschaftliche Nutzungsformen, steckt in den Kinderschuhen. Das Ordnungsrecht, z.B. die Abfall- (vermeidungs-) -gesetzgebung, und notwendige vergaberechtliche Verschärfungen lassen auf sich warten. Ein Umbau des Steuersystems, das Rohstoffverbrauch belastet, Lohnsteuern minimiert und dem Staat aufkommensneutral verlässliche Steuereinnahmen sichert, wird noch nicht einmal in der Forschung ernsthaft untersucht.

Will man das 2011 vom Rat für Nachhaltige Entwicklung formulierte Ziel für eine Roadmap hin zu 100 % Kreislaufwirtschaft ernsthaft verfolgen, müssen noch viele Maßnahmen geprüft und schrittweise umgesetzt werden. Die Ausgangslage ist gut.



Kontakt

NABU

Olaf Tschimpke
Präsident

Tel. +49 (0)30.284 984-1100

Fax +49 (0)30.284 984-2100

Aida.Asskar@NABU.de

Nötige Vorschrift: Ökodesign

Grundvoraussetzung für eine hochwertige Nutzung von Abfällen ist ein darauf ausgelegtes Ökodesign. Dieses ermöglicht: dass Produkte langlebig sind; dass keine Inhaltsstoffe verwendet werden, die bei der Wiederverwendung und/oder dem Recycling der menschlichen Gesundheit oder Ökosystemen schaden. Ökodesign braucht klare Vorgaben, die nur ordnungsrechtlich vorgegeben werden oder mit ökonomischen Instrumenten der Politik Wirkung entfalten.

Denn Deutschland und Europa haben funktionierende Governance-Strukturen, Umweltrecht ist mehrheitsfähig und um Ressourcenschonung, zumindest soweit sie im Sinne nachfolgender Generationen ist, wird ernsthaft gestritten.

Gleichwohl lässt sich nur erahnen, dass man sich gesellschaftlich und politisch, insbesondere wirtschaftspolitisch, auf den Weg zu 100 % Kreislaufwirtschaft gemacht hat. Dazu müssten zwei Kriterien erfüllt werden; erstens müsste das Ziel so ausformuliert werden, dass eine eindeutige Auslegung kaum Spielraum für interessengeleitete Interpretationen lässt – eine bekanntes Problem der nachhaltigen Entwicklung. Dadurch wäre gesichert, dass nicht alle bestehenden Aktivitäten der Bundesressorts plötzlich auch diesem „neuen“ Ziel dienen würden. Denn eine Priorisierung der hochwertigen Kreislaufführung stellt bisher gültige politische Regelungen in Frage. Als Beispiel sei genannt, dass derzeit die Verbrennung von Kunststoff (-abfall) in Kraftwerken energiesteuerbefreit ist, obwohl fossile Treibhausgase freigesetzt werden. Zweitens ist die europäische Abfallhierarchie als Maßstab für Kreislaufwirtschaft heranzuziehen, um eine qualitative Differenzierung der Vermeidungs-, Wiederverwendungs- und Wiederverwertungsverfahren klargestellt zu haben. Dabei ist zu beachten, dass die bisher erfolgreich genutzten Schlupflöcher „wirtschaftliche Zumutbarkeit“ und „technische Machbarkeit“ abgeschafft bzw. so klar definiert werden, dass politische Maßnahmen doch nicht umgesetzt werden und das auch noch legal ist. Sollte es ökologisch sinnvoller sein, von der Abfallhierarchie abzuweichen, müsste dies gesondert und immer für den Einzelfall nachgewiesen werden.

Gerade mit Blick auf Abfallvermeidung sollte Produktverantwortung ein Baustein in einer deutschen Kreislaufwirtschaftsstrategie sein. Idealer Weise wäre das wesentliche Moment der Produktverantwortung, dass Entwickler und Hersteller eines Produkts auch nach dem Erzielen eines Verkaufsgewinns noch verantwortlich für Haltbarkeit, Reparierbarkeit und schließlich Verwertung sowie die Schadstofffreiheit ist. Das würde bedeuten, dass Gebrauchsgüter (im Gegensatz zu Lebens- und Futtermitteln) gar nicht mehr den Besitzer wechseln und der Hersteller nur noch Dienstleistungen verkauft. Produktverantwortung, wie derzeit implementiert, nämlich im Sinne der Finanzierung der Verwertungsleistungen durch die Abfallwirtschaft, greift noch zu kurz. Eine Problematik lässt sich durch Produktverantwortung allerdings nicht lösen: Die Entscheidung darüber, ob es überhaupt zulässig sein sollte, ein Produkt zu produzieren, weil sein Nutzen zu klein bzw. seine Gebrauchsphase zu kurz und der Aufwand zur Herstellung und Entsorgung zu groß sind.

Vorgeschlagene Maßnahmen für 100 % Kreislaufwirtschaft

Die EU-Ökodesignrichtlinie - wichtiges Instrument, Rohstoff verschwendende Produkte vom Markt auszuschließen.

Ressourcensteuern - machen es unwirtschaftlich, kurzlebige Produkte zu produzieren und zu kaufen.

Zivilrecht – produktspezifisch ausgedehnte Gewährleistungsdauern stärken Verbraucherrechte und die Sensibilisierung für qualitativ hochwertige Produkte.

Öffentliche Beschaffung – Die Formulierung von Kriterien zur Rohstoffeinsparung, die Implementierung der Kosten über den gesamten Lebenszyklus sowie die finanzielle Förderung von ressourcenschonender Beschaffung schaffen mit weiteren Änderungen im gesamten Vergaberecht die Grundlage für einen entsprechenden Leitmarkt. Nebenbei sichert das der gesamten öffentlichen Hand mehr Investitionssicherheit.

Nötiges Grundprinzip: Die fünfstufige Abfallhierarchie

Vermeiden

Langlebigkeit, Mehrwegsysteme, gemeinschaftliche Nutzungsformen, Wirtschaftlichkeit für Unternehmen trotz geringeren pro Kopf Konsums

Vorbereitung zur Wiederverwendung

Zulässigkeit und Vertragssicherheit bei Sammlung und Prüfung wiederverwendbarer Abfälle, Remanufacturing, Rückbau von Gebäuden, Bauteilnutzung, Leasing von Produkten

Recycling

getrennte Sammlung, wirtschaftliche Sortierung, hochwertige stoffliche Verwertung aller Materialien aus sämtlichen Abfallströmen

Sonstige Verwertung

Verbrennung mit Energiegewinnung, die immer auch ca. 1/3 zu verwendende Schlacke sowie giftige und besonders zu deponierende Filterrückstände mit sich bringt; Verfüllung alter Bergwerksstollen oder Ton- & Kiesgruben

Beseitigung

Deponierung; Verbrennung ohne Energiegewinnung

Förderung sozialer Innovationen – Unter Einhaltung von klaren Ressourceneinsparungsmaßnahmen ermöglicht die Förderung gemeinschaftlicher Nutzungsformen und ähnlicher sozialer Innovationen eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformation. Diese Förderung muss in Teilen auch durch ermöglichende Infrastruktur, wie entsprechende Räumlichkeiten, geleistet werden.

Nachbesserung in der Kreislaufwirtschaftsgesetzgebung – Ausformulierung von Vermeidungszielen und Instrumenten, um diese zu erreichen; gleiches zur Vorbereitung zur Wiederverwendung, inklusive kontrollierbarer Regelungen der Erfassung. Anhebung der Recyclingziele. Erstellung einer Liste, was in welcher Abfallgesetzgebung verbessert werden muss (z.B. selbstlernende Kunststoffrecyclingquoten im Wertstoffgesetz, Verordnung zur Regelung der Vorbereitung zur Wiederverwendung bei Elektrogeräten, Recyclingziele für derzeit nicht wirtschaftlich recycelbare Sondermetalle in Fahrzeugen und Elektrogeräten, Wiederverwendungsquoten im Gewerbeabfall, usw.).

Finanzielle Privilegierung – von Wiederverwendeten Teilen und Produkten (z.B. Gebäudesanierung statt Neubau) und recycelten Materialien – ausgestaltbar durch Erlass der Ressourcensteuer, reduzierte Mehrwertsteuer u.a.

Schriftliches Statement
für den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

Öffentliches Fachgespräch "Produktverantwortung, Rohstoffe, Recycling"

am Mittwoch, 17. Februar 2016, 18 Uhr, PLH E 700

1. Welche Ergebnisse/Empfehlungen des Papiers sind heute noch aktuell? Sind Teile der Empfehlungen bereits legislativ umgesetzt? Welche sollten noch umgesetzt werden?

Seit Erscheinen der Empfehlung des Nachhaltigkeitsrates „Wie Deutschland zum Rohstoffland wird“ am 19. Mai 2011 hat **das Prinzip der Nachhaltigkeit im Allgemeinen** immer breitere Zustimmung gewonnen. Heute herrscht in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ein weitgehender Konsens, dass sich der Umgang mit unseren Ressourcen grundlegend in Richtung geschlossener Kreisläufe verändern muss. Gleichwohl sind viele der Forderungen aus dem Papier heute noch genauso aktuell wie vor fünf Jahren. Die Kreislaufführung mancher metallischer und mineralischer Rohstoffe steckt trotz vielversprechender Forschungsvorhaben zumindest in der praktischen Anwendung noch in den Kinderschuhen und ist entsprechend weit von der Vision einer 100%-Kreislaufführung entfernt. Dies gilt insbesondere für **Seltene Erden**, für die es auf legislativer Ebene auch heute noch keinerlei Recyclingquoten gibt. Die Novelle des Elektrogerätegesetzes von 2015 dürfte zwar die Erfassung steigern. Nur weitergehende Behandlungsvorschriften, etwa durch die geplante **Behandlungsverordnung für Altgeräte**, würden jedoch zu höhere Recyclingquoten bei den Industriemetallen führen.

Die in der Empfehlung erwähnte deutsche Vorreiterrolle im Bereich des Recyclings besteht weiterhin. Insgesamt hat Deutschland heute die **höchsten Recyclingquoten weltweit**; etwa 16 Prozent der in der deutschen Industrie verwendeten Rohstoffe stammen aus dem Recycling. Besonders hoch ist der Sekundärrohstoff-Einsatz mit 70 Prozent bei Papier, mit 94 Prozent bei Glas und mit 45 Prozent bei Stahl. Die deutsche Vorreiterrolle ist jedoch zunehmend gefährdet dadurch, dass andere Länder beim Recycling aufholen, während Deutschland auf der Stelle tritt. Viele mögliche Ansatzpunkte für mehr und besseres Recycling wurden in den letzten Jahren nicht genutzt. Hier ist an erster Stelle die **Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes** 2011/2012 zu nennen: Das erklärte Ziel der Neuregelung, Voraussetzungen für mehr Recycling zu schaffen, fiel im Laufe des Gesetzgebungsprozesses einer erbiterten Diskussion über Zuständigkeiten und Besitzstände zum Opfer. Am Ende stand ein politischer Kompromiss, der die stoffliche Verwertung von Wertstoffen ausgebremst hat. Dies insbesondere durch die Aufweichung der fünfstufigen EU-Abfallhierarchie: Den vorgegebenen Stufen Vermeidung, Vorbereitung zur Wiederverwertung, Recycling, sonstige Verwertung, Beseitigung wurde eine so genannte Heizwertklausel zur Seite gestellt, durch die die Abfallverbrennung dem stofflichen Recycling unter bestimmten Umständen gleichgestellt wurde. Diese deutsche Sonderregelung fördert die Verbrennung von Abfällen und damit die **Vernichtung von Wertstoffen**. Zugleich ist die Abfallverbrennung in Deutschland für einen jährlichen Ausstoß von rund neun Millionen Tonnen Treibhausgasen verantwortlich.

Ein weiteres Beispiel für das Auf-der-Stelle-Treten in der deutschen Kreislaufwirtschaft sind die seit beinahe einem Jahrzehnt unveränderten **Recyclingquoten in der Verpackungsverordnung**. Längst steht moderne Anlagentechnik bereit, mit der die geltenden Quoten deutlich übertroffen werden könnten. Jedoch fehlen dazu die Anreize; ohne ambitionierte gesetzliche Anforderungen rechnet sich das Recycling zusätzlicher Wertstoffe oftmals nicht. Über die Notwendigkeit der Anhebung der Quoten besteht daher sowohl in der Politik als auch bei Wirtschaft und Umweltverbänden ein weitgehender Konsens – dennoch ist es gut möglich, dass es aufgrund politischer Unstimmigkeiten auch in der laufenden Legislaturperiode wieder nicht zu einer Erhöhung kommt.

Darüber hinaus führen gegenwärtig die **stark gesunkenen Rohstoffpreise** dazu, dass weniger Primärrohstoffe durch Sekundärrohstoffe substituiert werden und zudem der politische Handlungsdruck sinkt. Auch können Initiativen wie das Deutsche Ressourceneffizienzprogramm ProgRess bzw. ProgRess II und der geplante Klimaschutzplan 2050 einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der Ressourceneffizienz leisten. Es ist jedoch absehbar, dass dies mittel- bis langfristig nicht ausreichen wird: Im Jahr 2050 werden voraussichtlich neun Milliarden Menschen auf unserer Erde leben, also über zwei Milliarden mehr als heute. Der absolute Rohstoffverbrauch dürfte daher trotz aller Effizienzsteigerungen weiter ansteigen. Zudem fordert der **Klimawandel** immer stärkere Anstrengungen bei der Vermeidung solcher Emissionen, die typischerweise mit dem Abbau und der Verarbeitung von Primärrohstoffen verbunden sind. Auf mittlere Sicht führt daher an der Kreislaufführung von Rohstoffen kein Weg vorbei.

2. Wie kann das Prinzip der Produktverantwortung – gerade auch im Hinblick auf den Aspekt der Abfallvermeidung – weiter regulatorisch umgesetzt werden?

Zum Zeitpunkt der Einführung in der Abfallwirtschaft wurde die Produktverantwortung bei nicht wenigen Herstellern als lästige, kostenintensive Pflicht angesehen. Diese Sichtweise hat sich mittlerweile verändert. Die Hersteller haben die Produktverantwortung nicht nur akzeptiert, sondern sehen sie zunehmend als Chance an, für die Produktion benötigte **Rohstoffe durch eine Kreislaufführung zurückzuerlangen**. Vorreiter hierfür sind insbesondere die Bereiche Elektrogeräte, Batterien und Kraftfahrzeuge – all jene Branchen also, in denen der Umfang der Produktverantwortung frühzeitig durch Gesetze oder Verordnungen konkretisiert wurde. Von Tonerkartuschen über Öl-Dosen und Katalysatoren bis hin zu Handys greifen heute immer mehr Unternehmen bei der Produktion auf Ressourcen zurück, die bereits aus einem vollendeten Produktkreislauf stammen.

Auch im Bereich der **Verpackungsrücknahme** hat die Produktverantwortung zu hohen Recyclingquoten und vielen gut funktionierenden Rücknahmemodellen geführt. Durch eine Ausweitung des Prinzips der Produktverantwortung auf so genannte stoffgleiche Nichtverpackungen – also Erzeugnisse, die nicht Verpackung sind und daher von der geltenden Verpackungsverordnung bislang nicht umfasst sind – könnten weitere Anreize zur Ressourceneffizienz gesetzt werden. Für das Ziel einer möglichst weitgehenden Kreislaufführung dieser Erzeugnisse ist es dabei wichtig, dass nicht finanzielle und organisatorische, sondern ökologische Fragen im Vordergrund stehen: Die Weichen müssen auf möglichst viel Recycling gestellt werden. Nur so können wir der Vision einer 100%-Kreislaufführung näher kommen.